Stand: 16.12.2025 02:04:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6529

"Umgang mit Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft und der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) angesichts des Klima- und Energierahmens der EU bis 2030 25.03.2015 - 17.06.2015"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 17/6529 vom 05.05.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/7369 des LA vom 07.07.2015
3. Beschluss des Plenums 17/7699 vom 21.07.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 51 vom 21.07.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 05.05.2015 **Drucksache 17/6529**

Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union; Umgang mit Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft und der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) angesichts des Klima- und Energierahmens der EU bis 2030
25.03.2015 – 17.06.2015

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 25. Sitzung am 5. Mai 2015 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Union erforderlich ist.
2. Das Vorhaben wird zur federführenden Beratung gemäß § 83c Abs. 1 Satz 3 BayLTGeschO an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen.

Begründung:

Die Konsultation ist landespolitisch von Bedeutung und betrifft Interessen des Landes.

Die EU-Kommission hat diese Konsultation angesichts des Klima- und Energierahmens der EU bis 2030 gestartet, der eine Senkung der Treibhausgas-Emissionen um 40 Prozent zum Ziel hat. Nach dem Konzept der Europäischen Union soll bis 2030 u.a. eine neue, unabhängige Säule für die Sektoren Landwirtschaft sowie Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in der EU-Klimapolitik geschaffen werden. Dies wird wesentliche Auswirkungen auf die bayerische Landwirtschaft haben.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.07.2015 **Drucksache 17/7369**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 17/**6529**

Konsultationsverfahren der Europäischen Union; Umgang mit Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft und der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) angesichts des Klima- und Energierahmens der EU bis 2030
25.03.2015 - 17.06.2015

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass folgende Stellungnahme abzugeben:

Land- und Forstwirtschaft sind vom Klimawandel direkt betroffen und haben daher ein hohes Interesse an einer raschen und wirksamen Reduktion der Treibhausgas-Emissionen sowie an der Entwicklung geeigneter Anpassungsstrategien an die Klimaveränderungen. Die bayerische Landwirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten u. a. durch einen Rückgang des Viehbestandes, durch den verstärkten Einsatz emissionsmindernder Ausbringtechniken für Wirtschafts- und Mineraldünger, durch Verbesserungen in der Tierzucht und der Fütterung sowie den verstärkten Einsatz von Wirtschaftsdünger zur Biogasproduktion bereits erhebliche Anstrengungen unternommen und Erfolge erzielt, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren.

Die Forstwirtschaft ist durch sehr lange Produktions- und damit Anpassungszeiträume gekennzeichnet und trägt selbst kaum zu den Ursachen des Klimawandels bei, sondern leistet bereits heute durch Kohlenstoffspeicherung in den Wäldern sowie durch die Erzeugung des nachwachsenden Rohstoffs Holz sehr hohe Beiträge zum Klimaschutz (Mitigation). Der Klimaschutzbeitrag von intelligent verwendetem Holz schneidet zudem besser ab, als der von nicht genutztem Holz.

Die von der Europäischen Kommission geplante Einbeziehung der Sektoren Landwirtschaft und Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in die EU-Klimapolitik muss auch die besondere Situation der bayerischen Landwirtschaft berücksichtigen, die durch einen hohen Anteil von benachteiligten Gebieten sowie Berggebieten gekennzeichnet ist. Vor allem muss sichergestellt werden, dass es zu keinen flächendeckenden Ein- oder Beschränkungen in der Tierhaltung kommt, da diese für die Bewirtschaftung und den Erhalt der Grünlandflächen, zur Sicherung der Biodiversität und zur Sicherung der Einkommen unserer bäuerlichen Betriebe zwingend notwendig ist.

Die Situation der Forstwirtschaft in Bayern ist, wie offizielle Inventuren belegen, durch stabile Waldflächen, hohe Holzvorräte sowie einen guten Bodenzustand geprägt. Sie ist damit nicht mit der globalen Situation vergleichbar, in der erhebliche Potenziale in der Walderhaltung, in der Aufforstung und der Regeneration degradierter Waldflächen liegen. In Bayern stehen vielmehr die aktive Anpassung der Wälder an den Klimawandel sowie die Holzverwendung im Vordergrund. Es ist daher notwendig, dass die EU bei der Ausgestaltung von Legislativvorschlägen auch der notwendigen Anpassung an den Klimawandel eine ausreichende Rolle zuweist und die erheblichen Klimaschutz-Potenziale des Rohstoffes Holz realistisch einbezieht.

Die EU-Kommission wird aus o. g. Gründen aufgefordert, sich bei der Gestaltung der angekündigten Legislativvorschläge sowie bei der Vertragsstaatenkonferenz in Paris dafür einzusetzen, dass in den Sektoren Land- und Ernährungswirtschaft sowie Forst und Holz nach dem Prinzip „Eigenverantwortung und Subsidiarität“ folgende Vorschläge berücksichtigt werden:

- Berücksichtigung der spezifischen Besonderheiten der Land- und Forstwirtschaft durch die Wahl der Instrumente und Inhalte; hierzu sollten auch die Ergebnisse aus dem erst angelaufenen LULUCF-Monitoringverfahren berücksichtigt werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

- Verzicht auf quantifizierte Vorgaben für den Umfang der Mitigationsfunktion der Wälder und Holzprodukte sowie der Landnutzung.
- Stärkung der Fähigkeiten und der Motivation der rd. 110.000 Landwirte sowie der 700.000 Waldbesitzer in Bayern zu einer eigenverantwortlichen Bewirtschaftung und Anpassung an den Klimawandel.
- Intensivierung von Forschung und Entwicklung zur weiteren Effizienzsteigerung unter Beachtung von wirtschaftlichen Aspekten (z. B. effiziente Stickstoffausnutzung durch verbesserte Verfahrenstechnik, optimierte Fütterung, Haltungssysteme in der Tierhaltung) und rascher Wissenstransfer in die Praxis.
- Berücksichtigung bzw. Vermeidung von Zielkonflikten zwischen tiergerechten Haltungsverfahren (z. B. Tierausläufe, Weidehaltung) und Vorgaben zur Luftreinhaltung.
- Weitere Unterstützung des Wirtschaftsdüngereinsatzes in Biogasanlagen (Kaskadennutzung) sowie Effizienzsteigerung von Biogasanlagen und Ausbau der energetischen und stofflichen Verwendung von Biomasse.
- Unterstützung der Waldbesitzer bei der Bewältigung des Klimawandels, um die Resilienz der Wälder für den Klimawandel zu festigen und ihre Kohlenstoffspeicherfunktion zu sichern.
- Ausbau der Verwendung des nachwachsenden Rohstoffes Holz, insbesondere in Verwendungen mit besonders hohem Klimanutzen sowie verstärkter Einsatz von Reststoffen für die energetische Nutzung.
- Vermeidung von Doppelregulierung (z. B. mit der NEC-Richtlinie) und bürokratischen Belastungen.
- Anstrebung eines integralen Ansatzes aus Mitigation und Adaption an den Klimawandel.

Berichterstatterin: **Gudrun Brendel-Fischer**
Mitberichterstatter: **Horst Arnold**

II. Bericht:

1. Das Konsultationsverfahren gemäß § 83d BayLTGeschO wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren gemäß § 83d BayLTGeschO endberaten.

2. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat das Konsultationsverfahren in seiner 28. Sitzung am 17.06.2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis
   CSU: Zustimmung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: 1 Zustimmung, 1 Enthaltung
   zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren am 7. Juli 2015 in seiner 27. Sitzung endberaten und einstimmig zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses Zustimmung empfohlen.

Angelika Schorer
Vorsitzende

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 21.07.2015 **Drucksache 17/7699**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Umgang mit Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft und der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) angesichts des Klima- und Energierahmens der EU bis 2030

25.03.2015 – 17.06.2015

Drs. 17/**6529**, 17/**7369**

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass um folgende Stellungnahme abzugeben:

Land- und Forstwirtschaft sind vom Klimawandel direkt betroffen und haben daher ein hohes Interesse an einer raschen und wirksamen Reduktion der Treibhausgas-Emissionen sowie an der Entwicklung geeigneter Anpassungsstrategien an die Klimaveränderungen. Die bayerische Landwirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten u.a. durch einen Rückgang des Viehbestandes, durch den verstärkten Einsatz emissionsmindernder Ausbringtechniken für Wirtschafts- und Mineraldünger, durch Verbesserungen in der Tierzucht und der Fütterung sowie den verstärkten Einsatz von Wirtschaftsdünger zur Biogasproduktion bereits erhebliche Anstrengungen unternommen und Erfolge erzielt, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren.

Die Forstwirtschaft ist durch sehr lange Produktions- und damit Anpassungszeiträume gekennzeichnet und trägt selbst kaum zu den Ursachen des Klimawandels bei, sondern leistet bereits heute durch Kohlenstoffspeicherung in den Wäldern sowie durch die Erzeugung des nachwachsenden Rohstoffs Holz sehr hohe Beiträge zum Klimaschutz (Mitigation). Der Klimaschutzbeitrag von intelligent verwendetem Holz schneidet zudem besser ab als der von nicht genutztem Holz.

Die von der Europäischen Kommission geplante Einbeziehung der Sektoren Landwirtschaft und Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in die EU-Klimapolitik muss auch die besondere Situation der bayerischen Landwirtschaft berücksichtigen, die durch einen hohen Anteil von benachteiligten Gebieten sowie Berggebieten gekennzeichnet ist. Vor allem muss sichergestellt werden, dass es zu keinen flächendeckenden Ein- oder Beschränkungen in der Tierhaltung kommt, da diese für die Bewirtschaftung und den Erhalt der Grünlandflächen, zur Sicherung der Biodiversität und zur Sicherung der Einkommen unserer bäuerlichen Betriebe zwingend notwendig ist.

Die Situation der Forstwirtschaft in Bayern ist, wie offizielle Inventuren belegen, durch stabile Waldflächen, hohe Holzvorräte sowie einen guten Bodenzustand geprägt. Sie ist damit nicht mit der globalen Situation vergleichbar, in der erhebliche Potenziale in der Walderhaltung, in der Aufforstung und der Regeneration degradierter Waldflächen liegen. In Bayern stehen vielmehr die aktive Anpassung der Wälder an den Klimawandel sowie die Holzverwendung im Vordergrund. Es ist daher notwendig, dass die EU bei der Ausgestaltung von Legislativvorschlägen auch der notwendigen Anpassung an den Klimawandel eine ausreichende Rolle zuweist und die erheblichen Klimaschutz-Potenziale des Rohstoffes Holz realistisch einbezieht.

Die EU-Kommission wird aus o.g. Gründen aufgefordert, sich bei der Gestaltung der angekündigten Legislativvorschläge sowie bei der Vertragsstaatenkonferenz in Paris dafür einzusetzen, dass in den Sektoren Land- und Ernährungswirtschaft sowie Forst und Holz nach dem Prinzip „Eigenverantwortung und Subsidiarität“ folgende Vorschläge berücksichtigt werden:

- Berücksichtigung der spezifischen Besonderheiten der Land- und Forstwirtschaft durch die Wahl der Instrumente und Inhalte; hierzu sollten auch die Ergebnisse aus dem erst angelaufenen LULUCF-Monitoringverfahren berücksichtigt werden.
- Verzicht auf quantifizierte Vorgaben für den Umfang der Mitigationsfunktion der Wälder und Holzprodukte sowie der Landnutzung.
- Stärkung der Fähigkeiten und der Motivation der rd. 110.000 Landwirte sowie der 700.000 Waldbesitzer in Bayern zu einer eigenverantwortlichen Bewirtschaftung und Anpassung an den Klimawandel.
- Intensivierung von Forschung und Entwicklung zur weiteren Effizienzsteigerung unter Beachtung von wirtschaftlichen Aspekten (z.B. effiziente Stickstoffausnutzung durch verbesserte Verfahrenstechnik, optimierte Fütterung, Haltungssysteme in der Tierhaltung) und rascher Wissenstransfer in die Praxis.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

- Berücksichtigung bzw. Vermeidung von Zielkonflikten zwischen tiergerechten Haltungsverfahren (z.B. Tierausläufe, Weidehaltung) und Vorgaben zur Luftreinhaltung.
- Weitere Unterstützung des Wirtschaftsdüngereinsatzes in Biogasanlagen (Kaskadennutzung) sowie Effizienzsteigerung von Biogasanlagen und Ausbau der energetischen und stofflichen Verwendung von Biomasse.
- Unterstützung der Waldbesitzer bei der Bewältigung des Klimawandels, um die Resilienz der Wälder für den Klimawandel zu festigen und ihre Kohlenstoffspeicherfunktion zu sichern.
- Ausbau der Verwendung des nachwachsenden Rohstoffes Holz, insbesondere in Verwendungen mit besonders hohem Klimanutzen sowie verstärkter Einsatz von Reststoffen für die energetische Nutzung.
- Vermeidung von Doppelregulierung (z.B. mit der NEC-Richtlinie) und bürokratischen Belastungen.
- Anstrebung eines integralen Ansatzes aus Mitigation und Adaption an den Klimawandel.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen! – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	**einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A)	**Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z)	**Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

Europaangelegenheiten

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie
COM(2015) 80 final BR-Drs. 71/15
Drs. 17/6322, 17/7405 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	A

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Erreichung des Stromverbundziels von 10 Prozent - Vorbereitung des europäischen Stromnetzes auf 2020
COM(2015) 82 final
BR-Drs. 73/15
Drs. 17/6323, 17/7406 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umgang mit Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft und der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) angesichts des Klima- und Energierahmens der EU bis 2030
25.03.2015 – 17.06.2015
Drs. 17/6529, 17/7369 (ENTH)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 BayLtGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Halbzeitbewertung des Verkehrsweißbuchs von 2011
10.03.2015 – 02.06.2015
Drs. 17/6530, 17/7407 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Öffentliche Konsultation im Rahmen des „Eignungstests“ der Naturschutzvorschriften der EU (Vogelschutzrichtlinie und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie)
30.04.2015 – 24.07.2015
Drs. 17/6833, 17/7573 (G)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLtGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	Z

Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lebensunterhalt für volljährige Menschen mit Behinderung sichern – Urteile des Bundessozialgerichtes zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung umsetzen
Drs. 17/5608, 17/7499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zu den Problemen der bayerischen Betriebe mit der Umsetzung des Mindestlohns
Drs. 17/6018, 17/7562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Kerstin Schreyer-Stäblein, Bernhard Seidenath u.a. CSU
Jugendschutz bei E-Zigaretten, E-Shishas u.ä.
Drs. 17/6031, 17/7500 (E)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLtGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung professionell gestalten
Drs. 17/6204, 17/7530 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgernahe Justiz – Beibehaltung der amtsgerichtlichen Zweigstellen
Drs. 17/6223, 17/7513 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische Betreuung in JVA-Krankenabteilungen sicherstellen
Drs. 17/6320, 17/7514 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Bündnisse für Familien - Einbeziehung von pflegenden Angehörigen
Drs. 17/6410, 17/7516 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Elektromobilität durch steuerliche Förderung voranbringen
Drs. 17/6417, 17/7539 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Psychiatrische Versorgung von Migrantinnen und Migranten verbessern!
Drs. 17/6444, 17/7518 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
„Riegel Dich Sicher!“
Drs. 17/6457, 17/7240 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Klaus Adelt SPD
Aufstockung der Mittel für die Ausgleichsleistung für Biberschäden
Drs. 17/6552, 17/7574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Kennzeichnungspflicht für torfhaltige Produkte
Drs. 17/6558, 17/7575 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Flüchtlingsunterkünfte: Kommunen unterstützen – Nutzbarkeit von Bundes- und Landesimmobilien prüfen
Drs. 17/6559, 17/7540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
B85 – Zeitnahe Realisierung der Ortsumfahrung Neubäu
Drs. 17/6580, 17/7483 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung des Mindestlohns V: Auftreten von Zollbeamten bei der Mindestlohnkontrolle
Drs. 17/6584, 17/7484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung des Mindestlohns VI: Sonderregelung für mitarbeitende Familienangehörige in der Landwirtschaft schaffen
Drs. 17/6585, 17/7566 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

22. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD
Kommunen bei Bergrechtsverfahren mit einbeziehen
Drs. 17/6613, 17/7318 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Abschaffung von Roaming-Gebühren
Drs. 17/6651, 17/7505 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD
Aushändigung medizinischer Befunde der Asylbewerber-Erstuntersuchung
Drs. 17/6659, 17/7519 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulverpflegung verbessern
Drs. 17/6722, 17/7569 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Praxistaugliche Regulierung von Sportwetten
Drs. 17/6729, 17/7541 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Kinder und Jugendliche stark machen IV:
Gesundheitsförderliches Verhalten in der Schwangerschaft aktiv bewerben
Drs. 17/6731, 17/7520 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Bericht der Staatsregierung über die Situation der Hospiz-Einrichtungen in Bayern
Drs. 17/6733, 17/7521 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aufklärung über den Umgang mit streikenden (angestellten) Lehrkräften
Drs. 17/6735, 17/7487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prästationäres MRSA-Screening bei planbaren Krankenhausaufenthalten einführen – Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts umsetzen!
Drs. 17/6738, 17/7523 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Angelika Schorer, Martin Schöffel u.a. CSU
Beibehaltung des bestehenden Systems der Lebensmittelkontrollen
Drs. 17/6746, 17/7576 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

32. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Müller, Herbert Woerlein u.a. SPD
Anbindehaltung in der Milchviehhaltung nicht verbieten – Schutz unserer bayerischen, bäuerlichen Strukturen
Drs. 17/6785, 17/7578 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

33. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Alkoholsucht bekämpfen
Drs. 17/6803, 17/7524 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. und Fraktion (CSU)
Vorsorge bei psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz
Drs. 17/6831, 17/7525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD
Berichtsantrag zum Online-Handel mit Spender-Muttermilch und Muttermilchbanken
Drs. 17/6852, 17/7526 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht über eine stärkere Einbeziehung von Heilmittelerbringern in die Gesundheitsversorgung
Drs. 17/6853, 17/7527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Aktionsplan gegen übermäßigen Zuckerkonsum von Kindern vorlegen!
Drs. 17/6854, 17/7528 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Anordnung durch das Gesundheitsministerium zum Hausarztvertrag mit der AOK Bayern sicherstellen!
Drs. 17/6855, 17/7529 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	ENTH

39. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Erdrutsch in Oberstdorf – Schutzmaßnahmen vor Extremwetterereignissen und ihren Folgen
Drs. 17/7089, 17/7577

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

40. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betreuung von Flüchtlingskindern in bayerischen Kindertagesstätten sicherstellen – Sonderprogramm für niedrigschwellige Übergangsangebote auflegen
Drs. 17/6545, 17/7501 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z